



Niedersächsischer Städtetag

Verband für Städte, Gemeinden und Samtgemeinden

Prinzenstraße 17, 30159 Hannover,

Tel.: 0511/36894-0, Fax: 0511/36894-30

Internet: <http://www.nst.de>, E-Mail: post@nst.de

Presseinformation Nr. 1 / 2022

Oberbürgermeisterkonferenz fordert Kostenübernahme für die Anschaffung von FFP2-Masken für wirtschaftlich schwächere Menschen

2021 hatte der Bund im Rahmen des Sozialschutzpakets III eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 150 Euro an die Leistungsbezieher der sozialen Mindestsicherungssysteme (SGB II, SGB XII, Bundesversorgungsgesetz und AsylbLG) geleistet. Bezweckt war dabei, dass ein zusätzlicher finanzieller Handlungsspielraum geschaffen wird und etwaige, im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie stehende, zusätzliche oder erhöhte Ausgaben finanziert werden.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick darauf, dass die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske vorerst weiterhin essentieller Bestandteil der Corona-Schutzmaßnahmen bleiben wird, fordert die Oberbürgermeisterkonferenz des Niedersächsischen Städtetages Land und Bund auf, Menschen, die auf soziale Leistungen angewiesen sind, eine einmalige Sonderzahlung für die Anschaffung von FFP2-Masken zur Verfügung zu stellen. „Der effektive Schutz mit FFP2-Masken darf keine Frage des Geldbeutels sein. Bund und Länder müssen diesen Personenkreis unterstützen“, begründet der Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages, Oberbürgermeister Frank Klingebiel (Stadt Salzgitter), die Forderung.

„Die finanziell Benachteiligten sind nach aktuellen Untersuchungen in der Corona-Pandemie deutlich stärker gefährdet als der Rest der Bevölkerung“, so Klingebiel. Studien des Robert-Koch-Instituts hätten ergeben, dass Menschen aus finanziell schwächeren Schichten öfter an Corona erkrankten. Die RKI-Studie belege außerdem, dass das Risiko, an Corona zu sterben, bei Menschen, die in Armut leben, um 50 bis 70 Prozent höher als bei Personen mit geringerer sozialer Benachteiligung ist. Des Weiteren lägen auf den Intensivstationen überdurchschnittlich viele Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten,

Menschen mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligte, berichtet der Verband der Intensivmediziner. Hinzu komme auch, dass einer Untersuchung des Interdisziplinären Zentrums für Gesundheitskompetenzforschung (IZGK) der Universität Bielefeld (Studie Health Literacy Survey Germany 2) zufolge, in wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsschichten die Impfquoten niedriger als beim Bevölkerungsdurchschnitt lägen. „Diese Erkenntnisse unterstützen unsere Forderung“, so Klingebiel abschließend.

18. Februar 2022

Ansprechpartner:

Dr. Jan Arning, Mobil: 0172 / 53975-16, E-Mail: arning@nst.de

Stefan Wittkop, Mobil: 0172 / 53975-13, E-Mail: wittkop@nst.de